



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: Die Aufholjagd beginnt. Mit Kanzlerkandidat Olaf Scholz spielen wir bei der Bundestagswahl auf Sieg!

Olching, 10.05.2021

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142 501 0589

Fax: +49 8142 501 3962

michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Otto-Wels-Haus

Raum: 5.027

Telefon: +49 30 227-77541

Fax: +49 30 227-70541

michael.schrodi@bundestag.de

Mitglied im Finanzausschuss

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Mit einem fulminanten Bundesparteitag hat die SPD den Wahlkampf eingeläutet. Am Sonntag wurde Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten gewählt und das Zukunftsprogramm beschlossen. Der Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi, der wieder für den Bundestag kandidiert, war digital dabei und zeigt sich begeistert: „Unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat heute gezeigt, dass die SPD die richtigen Antworten hat für die Überwindung diese Krise und für die Herausforderungen der Zukunft. Soziale Gerechtigkeit – Modernisierung unseres Landes – bezahlbarer Klimaschutz: Das sind unsere Themen und die entscheidenden Weichenstellungen für die nächsten Jahrzehnte, in Deutschland genauso wie in Bayern.“

Michael Schrodi, der als Delegierter am Bundesparteitag der SPD teilgenommen hat, hat klare Vorstellungen, was getan werden muss: „Die Corona-Pandemie hat auch in unserer Region wie unter einem Brennglas die bestehenden Ungleichheiten in unserer Gesellschaft und manche Missstände aufgezeigt. Die Lehren daraus sind für uns klar: Es muss gerechter zugehen in unserem Land. Das gilt vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Arbeit muss fair entlohnt werden. Dazu werden wir den Mindestlohn erhöhen und gemeinsam mit den Gewerkschaften das Tarifsystem ausweiten, das gute Löhne und Arbeitsbedingungen garantiert - in der Pflegebranche, im Handel, im Gastgewerbe. Bayern ist bei gerechten Löhnen weiterhin Schlusslicht: Noch immer sperrt sich die Staatsregierung gegen ein Tarifreuegesetz. Wir werden mit einem Bundestarifreuegesetz dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge des Bundes nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen.“

Mit dem beschlossenen Zukunftsprogramm werden auch die Weichen gestellt, um wirtschaftliche Stärke, neue Arbeitsplätze und Klimaschutz in unserer Region voranzubringen, ist Schrodi überzeugt: „Olaf Scholz hat völlig Recht: Wir brauchen ein großes, langfristig



angelegtes Investitionsprogramm, mit dem wir unsere Gesellschaft modernisieren und aus dieser Krise herauswachsen. Das ist gerecht und volkswirtschaftlich sinnvoll. Die Folgen einer falschen Sparpolitik sehen wir in Bayern, wo Markus Söder nicht erst als Ministerpräsident, sondern schon als Finanzminister zu wenig Geld für die öffentliche Infrastruktur bereitgestellt hat. Bayern braucht deshalb einen besseren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, öffentlichen Wohnungsbau für mehr bezahlbaren Wohnraum und Kindergärten und Schulen, die personell und digital gut ausgestattet sind. Mit Bundeskanzler Olaf Scholz werden wir ein großes Modernisierungsprogramm für Deutschland auf den Weg bringen, von dem auch Freistaat profitieren wird.“

Für Michael Schrodi, Mitglied im Umweltausschuss, ist Klimaschutz dabei keine Bürde, sondern Voraussetzungen für eine gute Zukunft: „Um den Industriestandort Bayern zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, müssen wir über die Hilfsprogramme und die Krise hinausdenken und jetzt in die Zukunft investieren. Olaf Scholz will Unternehmen bei der Transformation hin zur klimaneutralen Wirtschaft unterstützen, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Das ist der richtige Weg, denn Unternehmen wie MAN, MTU oder die großen Autobauer haben sich bereits auf den Weg gemacht und stellen auf neue Antriebssysteme um. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass dafür ausreichend Strom und Wasserstoff aus Erneuerbaren bereitstehen Wasserstoff. Wer jetzt nicht investiert, der gefährdet die Chancen, Arbeitsplätze und den Wohlstand der kommenden Generationen.“ Und Schrodi weiter: „Wir müssen die Bremsen beim Ausbau von Windkraft und Solarenergie lösen. Bayern hängt bei der Energieversorgung am Tropf anderer Länder, weil wir mit dem Ausbau der Erneuerbaren seit Jahren nicht vorankommen. Bayern muss die schädliche 10-H-Regelung abschaffen und andere Hindernisse für die Windkraft wie zu niedrige Mindestflughöhen für die militärische und zivile Luftfahrt aus dem Weg räumen sowie die Solarpflicht auf Dächern öffentlicher und gewerblicher Neubauten einführen.“

Michael Schrodi ergänzt: „CDU/CSU und Grüne liefern sich gerade einen Überbietungswettbewerb um höhere Ziele und höhere CO2-Preise. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen: Klimaschutz geht nur gerecht. Andere wollen die Veränderungen alleine dem Markt überlassen und so kleine und mittlere Einkommen massiv belasten. Wir werden mit Investitionen und einer gerechten Lastenverteilung die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Mobilität, Wohnraum und Energieversorgung für alle bezahlbar ist. Dazu brauchen wir einen starken Staat, der mit Investitionen den Strukturwandel unterstützt.“